

## Leuthard und der Doppelrücktritt

In der CVP und der FDP haben viele ein Interesse daran, dass die Bundesräte Schneider-Ammann und Leuthard gemeinsam gehen. Der Plan ist aussichtsreicher als auch schon.

### Franco Benini

Der «Blick» scheint ganz sicher zu sein. Nach der Abstimmung über die No-Billag-Initiative werde Bundesrätin Doris Leuthard zurücktreten, schrieb er diese Woche. Im März, spätestens aber im April 2018 sei es so weit. Das Boulevardblatt stützte die Spekulation mit der Beobachtung, dass Leuthard müde wirke.

Bei der Bundesrätin zeigen sich tatsächlich Abnützungerscheinungen. Gegenüber Ständeräten trat sie kürzlich schnippisch auf - die Parlamentarier hatten den Eindruck, dass Leuthard genug davon habe, über bestimmte Themen zu sprechen. Das sagt freilich nichts über den Zeitpunkt ihres Rücktritts aus. Moritz Leuenberger verhartete trotz seiner Übellaunigkeit 15 Jahre in der Landesregierung.

### Frauenfrage im Zentrum

Leuthard ist inzwischen bei elfeinhalb Amtsjahren angekommen. Im vergangenen Juli sagte sie in einem Fernsehinterview, dass sie «am Ende ihrer letzten Legislatur» stehe. In Bundesbern wurde die Äusserung als Ankündigung eines baldigen Abgangs interpretiert. In Leuthards Partei, der CVP, gilt es als ausgemacht, dass die Aargauerin nicht bis zum Ende der Legislatur im Winter 2019 im Amt bleibt. Darum wird die Frage oft erörtert, wann genau sie demissionieren könnte.

Mit Leuthards Rücktritt wird in jedem Fall die Frauenfrage ins Zentrum rücken: Würde sie durch einen Mann ersetzt, bliebe mit Simonetta Sommaruga eine ein-

zige Frau in der Regierung. Quer durch alle Lager im Bundesparlament herrscht die Meinung vor, dass eine solche Konstellation verhindert werden sollte.

Nur gibt es in der CVP wenige aussichtsreiche Kandidatinnen. Zu ihnen werden die Walliser Nationalrätin Viola Amherd gezählt, die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter und die Zürcher Regierungsrätin Silvia Steiner. Die männlichen Anwärter der Christlichdemokraten gelten als profilierter. Unter ihnen sind der Bündner Ständerat Stefan Engler, der Solothurner Ständerat Pirmin Bischof, der Zuger Nationalrat und Parteipräsident Gerhard Pfister, der Luzerner Ständerat Konrad Graber - und Walter Thurnherr. Der Bundeskanzler und frühere Generalsekretär im Departement Leuthard wird im Bundeshaus oft genannt, wenn es um mögliche Nachfolger der Bundesrätin geht.

Für die ambitionierten CVP-Männer wäre es hilfreich, wenn mit Doris Leuthard auch Johann Schneider-Ammann abträte. In der FDP gibt es mehrere Frauen, die für seine Nachfolge in Frage kommen, nicht zuletzt die St. Galler Ständerätin und vormalige Regierungsrätin Karin Keller-Sutter. Die Frage ist nur, ob Schneider-Ammann mitmacht.

### Mit Cassis geht's einfacher

Der Volkswirtschaftsminister ist seit sieben Jahren im Amt. Bisher ging man davon aus, dass er bis 2019 weitermacht - obwohl ihn die Amtslast zuweilen niederzudrücken schien. Nun ist von hohen FDP-Exponenten zu hören, dass sich Schneider-Ammann einem vorzeitigen Abgang nicht gänzlich verschliesse. Der kommende Frühling sei aber sicher zu früh. Die Amtslust des Berners ist gestiegen, seit Parteikollege Ignazio Cassis in den Bundesrat gewählt worden ist. Mit dessen Vorgänger Didier Burkhalter konnte es der Volkswirtschaftsminister gar nicht. Schneider-Ammann und Burkhalter waren wie Tom und Jerry, wenn auch nicht ganz so wirblig.

Soll der Doppelrücktritt gelingen, müssen sich Leuthard und Schneider-Ammann also auf einen Zeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte einigen. Leuthards Hauptsorge ist nun aber zunächst, die Volksabstimmung über die No-Billag-Initiative zu gewinnen. Würde die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft nach dem 4. März 2018 liquidiert, würde das die Leistungsbilanz Doris Leuthards erheblich verschlechtern.



Im Gespräch: Walter Thurnherr.

## Classe politique

Roger Schawinski, Medienpionier, hat ein Buch über die No-Billag-Initiative geschrieben. Darin steht: «Ein freier Wettbewerb mit gleich langen Spissen wird es im Schweizer TV-Markt auch ohne SRG nicht geben.» Was lernen wir daraus? Schawinski hat vieles erfunden. Der Akkusativ gehört aber offensichtlich nicht dazu.

Corine Mauch, Wurstliebhaberin, und Filippo Leutenegger, Wurstliebhaber, ziehen beide den «Sternengrill» der noblen «Kronenhalle» vor, wie sie dem «Tages-Anzeiger» verriet. Die langweilige Übereinstimmung zwischen der SP-Stadtpäsidentin und dem FDP-Stadtrat legt für die Wähler den Schluss nahe,



Corine Mauch Filippo Leutenegger

dass es völlig Wurst ist, wenn sie im Duell ums Stadtpräsidium am 4. März ihre Stimme geben.

Johann Schneider-Ammann, Gast, liess sich per Helikopter an die 100-Jahr-Feier der FDP Meilen einfliegen. Er wollte in der Gemeinde, in der Martullo-Blochers für die meisten Schlagzeilen sorgen, offensichtlich von oben herab auftreten.



Parteien spielen in der Dorfpolitik eine untergeordnete Rolle: Abstimmung an einer Gemeindeversammlung in Düringen.

## Parteiengozänk ist in den Gemeinden unerwünscht

Der Anteil der parteilosen Gemeindepräsidenten hat sich in den letzten 30 Jahren in der ganzen Schweiz mehr als verdoppelt

### Stefan Bühler

Auf der einen Seite ist da Corine Mauch, als Stadtpräsidentin von Zürich das Oberhaupt der bevölkerungsreichsten Gemeinde der Schweiz; sie steckt gerade im Wahlkampf. Auf der andern Seite steht Landwirt Martin Meier; er war bis Ende letzten Jahres noch Gemeindepräsident im Ehrenamt in Noflen, einem Berner Dorf mit 300 Einwohnern.

Mauch ist Sozialdemokratin. Meier ist parteilos. Beide sind damit in ihrer Kategorie schweizerische Normalfälle: Die grössten Städte werden mehrheitlich von Linken regiert. In den kleinen Dörfern mit bis 1000 Einwohnern stellen derweil die Parteilosen die erdrückende Mehrheit der Gemeindepräsidenten, nämlich über 70 Prozent. Das zeigt eine neue Erhebung, an der sich über 80 Prozent aller 2255 Gemeinden der Schweiz beteiligt haben.

### FDP ist Spitzenreiterin

Es ist die erste solche Studie seit 1988, die sich wiederum mit den Gemeindepräsidien auseinandersetzt. «Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin vertritt die Gemeinde nach innen und nach aussen, sie gibt ihr ein Gesicht und leitet in der Regel auch die Sitzungen des Gemeinderates», sagt Andreas Ladner, als Professor am Institut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) der Uni Lausanne verantwortlich für die Studie: «Entsprechend bedeutend ist es für die Lokalparteien, wenn sie dieses Amt besetzen können.»

So gesehen kann sich die FDP freuen: Von allen Parteien stellt sie mit hochgerechnet 450 Gemeindepräsidenten die grösste Fraktion; schweizweit ist das ein Anteil von 20,4 Prozent. Mit grossem Abstand folgen die CVP (12,2%), die SVP (10,6%) und die SP (3,8%). Gemäss Ladner dominiert die FDP auf keiner anderen Ebene so stark. Das sichere der Partei Einfluss, «die Gemeindepräsidenten bilden aber auch ein wichtiges Rekrutierungspoten-

zial für kantonale und nationale Ämter». Die SP kann sich immerhin damit trösten, dass sie in mehreren grossen Städten die Präsidenten stellt - und daher wohl über ähnlich viele Bürger regiert wie die Konkurrenz.

Gemeinsam müssen aber alle Parteien zur Kenntnis nehmen, dass die Parteilosen nicht nur in den kleinen Orten, sondern über das ganze Land die grösste Fraktion stellen - gemäss Studie haben 42 Prozent aller Gemeindepräsidenten kein Parteibuch.

Richtig ungemütlich wird es aber für die Parteien erst, wenn man diese Daten mit jenen aus dem Jahr 1988 vergleicht. Dann zeigt sich: Die grossen Parteien haben allesamt verloren - während die Parteilosen ihren Anteil mehr als verdoppelten (siehe Grafik). Besonders hart getroffen hat es einerseits die CVP, deren Anteil an den Gemeindepräsidien sich seit 1988 fast halbiert hat. Genau so musste auch die SVP in den Dörfern Federn lassen - die Zahl ihrer Gemeindepräsidien stürzte von einem Anteil von 20,6 Prozent auf 10,6 Prozent ab.

Dies gilt bei der SVP insbesondere auch in den Stammländern. Ladner verweist auf den Kanton Zürich: Hier gehörten vor dreissig Jahren 40 Prozent aller Ge-

### Frauen

### An der Spitze stark untervertreten

Nicht nur auf nationaler und kantonaler Ebene, auch in den Gemeinden sind die Frauen in politischen Ämtern untervertreten. In den Gemeinderäten stellen sie rund 25 Prozent, wie eine Untersuchung der Universität Lausanne ergeben hat. Und nur gerade 15,6 Prozent der Gemeindepräsidien sind in Frauenhand. «Dies kann damit zu tun haben, dass Frauen eher davor zurückschrecken, ein so

zeitintensives Amt zu übernehmen», sagt Professor Andreas Ladner. Auch sei nicht auszuschliessen, dass es für Frauen schwieriger werde, sich im Kampf um das prestigeträchtigste Amt im Dorf durchzusetzen. Der Frauenanteil an den Gemeindepräsidien variiert nach Parteien: An der Spitze liegt die SP mit 25 Prozent, das Schlusslicht bildet die SVP mit 12 Prozent. (sbü.)

meindepräsidenten der SVP an, heute sind es noch 22 Prozent. Im Kanton Bern war der Rückgang ähnlich dramatisch. «Der Aufstieg der SVP zürcherischer Prägung zur stärksten Partei der Schweiz geht offenbar einher mit einer Schwächung der Partei an den Spitzen der Gemeinden», sagt Ladner, «das lässt sich wohl dadurch erklären, dass dem Präsidium einer Gemeinde eine integrative Funktion zukommt, welche sich mit einer polarisierenden Politik nur schlecht verträgt.» Dass auch die CVP und in kleine-

rem Ausmass FDP und SP in den Städten und Dörfern an Bedeutung eingebüsst haben, erklärt Ladner unter anderem mit einem geringeren Interesse als noch vor dreissig Jahren: «Nicht selten hat man das Gefühl, dass sich die Parteien stärker auf die Arbeit ihrer Vertreter in den Parlamenten berufen, als die Leistungen ihrer Gemeindevertreter in den Vordergrund zu heben.»

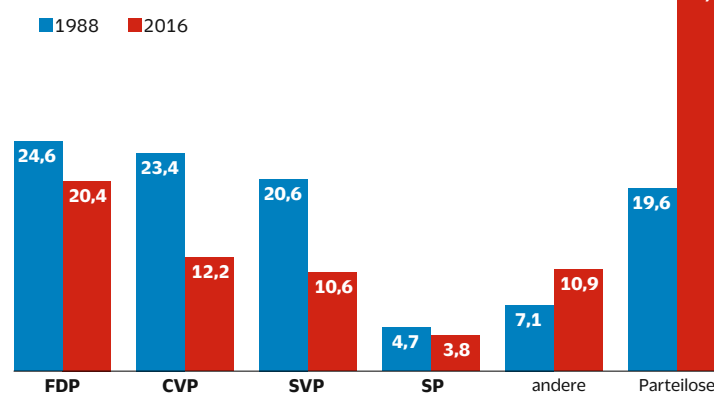
### Nicht genug Leute im Dorf

Und wie sieht das Gemeindepräsident Meier aus Noflen: Warum ist er keiner Partei beigetreten? Als Landwirt sympathisiere er zwar mit der SVP, in der Dorfpolitik spiele das aber keine Rolle: «Im Dorf lässt man sich nicht parteipolitisch gegeneinander ausspielen», dafür habe es gar nicht genug Leute. «Bei uns übernimmt man ein Amt, wenn man das Gefühl hat, man könne es zur Zufriedenheit der Leute ausfüllen und habe genug Zeit dafür.»

Wenn schon, achte man nicht auf die Parteizugehörigkeit, sondern darauf, «dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Gemeinderat vertreten sind: Gewerbetreibende, Bauern, Angestellte. Sogar der Lehrer war zeitweise im Gemeinderat - und immer auch Frauen. Gemischte Gremien funktionieren besser als reine Männerrunden», sagt Meier.

### Starke Verluste für SVP und CVP

Anteil der Gemeindepräsidien 1988 und 2016 nach Parteien in Prozent



Quelle: Andreas Ladner, IDHEAP, Uni Lausanne